

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**Afrika südlich der Sahara  
Asien und Pazifik  
Europa und Nordamerika  
Lateinamerika  
Nahost und Nordafrika**

**September 2015**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Zusammenhang damit werden ausführlich die Äußerungen von Bundeskanzlerin Merkel zitiert.

Was die „Willkommenskultur“ anbelangt, so ist der Balkan seit jeher ethnisch stark durchmischt, und das osmanische Imperium, dem Bulgarien bis 1878 fast 500 Jahre angehörte, war ebenfalls ein Vielvölkerstaat. Auch heute gibt es substantielle ethnische und konfessionelle Minderheiten in Bulgarien, so dass die Bulgaren an das Zusammenleben mit anderen Ethnien und Glaubensrichtungen gewöhnt sind. Nicht selten werden von Politikern und Analysten die bulgarische ethnische Toleranz sowie die Gastfreundlichkeit als traditionelle Tugenden hervorgehoben. Das Bild ist jedoch differenzierter. Zuwanderer aus Europa, insbesondere aus Westeuropa, werden nicht nur toleriert, sondern sind sogar erwünscht und willkommen. So haben sich einige Tausend Briten Häuser in bulgarischen Dörfern gekauft und sich dort angesiedelt und werden von der einheimischen Bevölkerung bereitwillig aufgenommen. Einige Hunderttausend Russen besitzen ebenfalls Immobilien in Bulgarien, ohne dass es je zu irgendwelchen Spannungen gekommen wäre. Nach dem Reaktorunglück in Fukushima bekundeten einige bulgarische Dörfer von sich aus Bereitschaft, betroffene Japaner aufzunehmen.

Anders hingegen ist es mit Zuwanderern aus anderen Kulturkreisen, besonders wenn sie muslimischen Glaubens sind. Hier bestehen in Segmenten der Bevölkerung erhebliche Vorbehalte. In Bulgarien leben nämlich, als Relikt aus der osmanischen Herrschaft, selbst ca. 12 Prozent Muslime sowie eine erhebliche Roma-Minderheit, so dass Befürchtungen wegen Überfremdung durch islamische Zuwanderer keine Seltenheit sind. Im April 2015 hat Pro Asyl einen Bericht über die Flüchtlingsproblematik in Bulgarien erstellt, der das Verhalten der bulgarischen Behörden sowie von Teilen der Bevölkerung gegenüber den Flüchtlingen sehr kritisch einschätzt. Demnach seien Menschenrechtsverletzungen, Übergriffe, Erniedrigungen und Misshandlungen von Flüchtlingen in Bulgarien vor allem durch Amtspersonen verbreitet. Vermutlich kommen Fälle, wie im Bericht dargestellt, in der Tat vor, doch kann man nicht von einer systematischen oder gar von der Regierung angeordneten diesbezüglichen Praxis sprechen.

## **Frankreich**

*Dr. Nino Galetti (01.09.2015)*

In Frankreich steht das Flüchtlingsthema in diesem Sommer nicht so stark im Fokus von Politik und Medien wie in Deutschland. Das liegt offenbar daran, dass sich die Flüchtlingsbewegungen an Frankreich vorbeibewegen: Während in Deutschland in diesem Jahr rund 800.000 Flüchtlinge erwartet werden, gehen die französischen Behörden davon aus, dass in Frankreich weniger als 80.000 Flüchtlinge ankommen werden.

Die Tageszeitung *Le Figaro* steht beispielhaft für die Medienberichterstattung in Frankreich. Diese bürgerlich-konservative Zeitung stellt täglich ein großes Thema in den Mittelpunkt der Ausgabe, das auf der Titelseite sowie auf den Seiten 2 und 3 behandelt wird. Abgesehen von kurzen Agenturmeldungen zur Lage in Nordafrika oder im Nahen Osten wurde die gegenwärtige Flüchtlingsbewegung im gesamten Monat August lediglich zweimal in den Tagesfokus gesetzt.

Am 18. August 2015 berichtete die Redaktion von der Situation in Syrien, auf Sizilien und der griechischen Insel Kos. Der Deutschland-Korrespondent des Figaro analysierte fünfspaltig die Ausführungen von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel beim ZDF-Sommerinterview am 16. August 2015 und schilderte die Lage der ankommenden Flüchtlinge in Deutschland. Ein Bericht über die Ankunft und Behandlung von Flüchtlingen in Frankreich fehlt. Auf zwei Zeitungsseiten findet sich kein einziges Zitat eines französischen Politikers zu dem Thema. In der Ausgabe vom 27. August 2015 wird über die Situation der Migranten in Deutschland,

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**Afrika südlich der Sahara  
Asien und Pazifik  
Europa und Nordamerika  
Lateinamerika  
Nahost und Nordafrika**

**September 2015**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Österreich und Ungarn, sowie über die Flüchtlingsrouten auf dem Balkan berichtet. Auch hier sucht man vergeblich nach einem Bericht über den Umgang Frankreichs mit den Flüchtlingen.

Ein Blick auf die Internetseiten der drei großen Parteien – Parti Socialiste, Les Républicains und Front National – zeigt, dass das Flüchtlingsthema keine herausgehobene Rolle spielt. Für die Sozialisten mahnte der migrationspolitische Sprecher Maurice Braud anlässlich der Flüchtlingskonferenz in Wien am 27. August 2015 eine „rasche, gemeinsame und solidarische Aktion“ der EU an. Die Républicains beschränken sich in zwei Pressemitteilungen darauf, den französischen Präsidenten François Hollande und die Regierung dafür zu kritisieren, dass sie keine europäische Initiative ergreifen. Die Vorsitzende der rechtsextremen Front National lässt sich mit dem Satz zitieren, dass die Europäische Union sämtliche Flüchtlinge einfach wieder in die nordafrikanischen Häfen zurückbringen solle.

Zwei Ausnahmen gibt es in der Berichterstattung: nämlich dort, wo sich die Lage von Flüchtlingen in Frankreich selbst zuspitzt: an der italienisch-französischen Grenze bei Ventimiglia und in der nordfranzösischen Hafenstadt Calais. Ausführlich berichteten die Medien über mehrere tausend Flüchtlinge aus Afrika, die nahe der am Mittelmeer gelegenen Grenzstadt Ventimiglia ohne die notwendigen Ausweispapiere tagelang an der Einreise nach Frankreich gehindert wurden. In Calais hatte die französische Polizei hunderte von Flüchtlingen wiederholt daran hindern müssen, illegal die Züge zu besteigen, die unter dem Kanal hindurch Großbritannien mit dem europäischen Festland verbinden.

Die Brennpunkte in diesen beiden Grenzstädten machen jedoch deutlich, dass Frankreich tendenziell nicht Zielland sondern Transitland der Migranten ist. Das Gros der Flüchtlinge möchte offenbar nach Deutschland, Großbritannien oder in die skandinavischen Länder gelangen, nicht aber nach Frankreich. Diese drei Länder gelten – im Gegensatz zu Frankreich – aufgrund ihrer derzeit vergleichsweise guten wirtschaftlichen Lage als „Eldorado“ für Migranten. Dies sei auch der Grund, warum vor allem Deutschland von der Flüchtlingsbewegung stärker betroffen sei als Frankreich und das Thema in den vergangenen Wochen in der französischen Öffentlichkeit keine herausgehobene Rolle gespielt hat.

Auffällig ist, dass die französischen Medien am Umgang Deutschlands mit den Flüchtlingen sehr interessiert sind. In den ausführlichen Beiträgen werden die für Asylbewerber vorgesehenen Leistungen sowie die wachsenden Belastungen der Kommunen, aber auch die Aufstockung des Personals des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) um 2.000 Mitarbeiter sowie das große ehrenamtliche Engagement unzähliger freiwilliger Helfer geschildert.

Auch die Anschläge auf Flüchtlingsheime werden erwähnt, jedoch weisen die französischen Korrespondenten in aller Klarheit auf den rechtsextremistischen Hintergrund der mutmaßlichen Täter hin. Gleichzeitig informieren die französischen Medien über die Reaktionen aus Politik und Zivilgesellschaft. So wird etwa über Gegendemonstrationen oder über die deutlichen Worte der Bundeskanzlerin berichtet.

Mit großem Interesse wird in Frankreich der Umgang der Bundesregierung mit der Flüchtlingsbewegung verfolgt. Die Kommentatoren erörtern die Initiativen der Bundeskanzlerin und kritisieren gleichzeitig den Präsidenten und die eigene Regierung dafür, dass Frankreich in dieser europäischen Frage keine Führung zeigt. Präsident Hollande habe eine weitere Chance verpasst, sich als europäische Führungspersönlichkeit zu profilieren.

### **Griechenland**

*Susanna Vogt / Jeroen Kohls (29.09.2015)*

Griechenland nimmt nicht nur aufgrund seiner geographischen Lage als erster Schengen-Mitgliedstaat an der östlichen Mittelmeer-Migrationsroute eine besondere Position in der aktuellen Krise um die Frage des Umgangs mit der sprunghaft angestiegenen, irregulären Mig-